

Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 04.10.2016

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:47 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Wilhelm Kleinesdar

Herr Carsten Krumhöfner

Herr Simon Lange

Herr Holger Nolte

Herr Alexander Rüsing

stellvertretender Vorsitzender

bis 19:00 Uhr

bis 19:35 Uhr

SPD

Frau Dorothea Brinkmann

Herr Ulrich Gödde

Herr Björn Klaus

Herr Marcus Lufen

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rainer-Silvester Hahn

Frau Doris Hellweg

Herr Jens Julkowski-Keppler

Vorsitzender

BfB

Herr Lothar Klemme

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Bürgernähe/Piraten

Herr Gerd Bobermin

Beratende Mitglieder:

FDP

Herr Gregor Spalek

Vertreter Gruppe

Sachkundige Einwohner

Herr Jürgen Heuer

Beirat für Behindertenfragen

Herr Cemil Yildirim

Integrationsrat

Stellvertretende beratende Mitglieder

Sachkundige Einwohner

Herr Klaus Voß

bis 19:00 Uhr

Verwaltung:

Frau Anja Ritschel	Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz
Herr Martin Wörmann	Umweltamt
Herr Bernd Reidel	Umweltamt
Frau Dagmar Maaß	Umweltamt
Herr Arnt Becker	Umweltamt
Herr Hans-Werner Ohse	Umweltamt
Herr Uwe Scheele	Umweltamt
Herr Christoph Mittmann	Umweltamt
Herr Stefan Günther	Stab Dezernat 2

Schiffführung:

Frau Christina Rebbe	Umweltamt
----------------------	-----------

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Julkowski-Keppler, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Julkowski-Keppler gibt folgende – vom Rat beschlossene – Umsetzungen bekannt:

Ordentliches Mitglied

neu: sachk. Bürgerin Uppmann, Petra

bisher: sachk. Bürgerin Klemme-Linnenbrügger, Regina

Stellvertretendes Mitglied

neu: sachk. Bürger Klaus, Björn

bisher: sachk. Bürgerin Petra Uppmann

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1 Genehmigung der Niederschrift über die 20. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz mit dem BUWB, der BV Mitte, dem FiPA und dem StEA am 29.06.2016

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz (Nr. 20) mit dem BUWB, der BV Mitte, dem FiPA und dem StEA am 29.06.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

– einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 1.2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 21. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 30.08.2016

Zur Niederschrift hat Herr von Spiegel per E-Mail vom 28.09.2016 folgenden Änderungswunsch vorgebracht:

Zu Top 7 „Johannisbachtal - Obersee - Landschaftsplanerisches Entwicklungskonzept mit Grobkonzept für ein Naturschutzgebiet“, Seite 9, 4. Absatz, letzter Satz:

*Herr von Spiegel bedankt sich für die Vorlage [...]. Wichtig sei noch eine gute Wegbeschilderung, zum Beispiel auch ein Hinweis auf die **nationalsozialistische Vergangenheit** der Heckrinder **bzw. des Herkunftsnamens**.*

Nach kurzer Diskussion schlägt Herr Rüsing vor, den letzten Satz wie folgt zu ergänzen:

*Wichtig sei **Herrn von Spiegel** noch eine gute Wegbeschilderung, zum Beispiel auch ein Hinweis auf die **nationalsozialistische Vergangenheit** der Heckrinder **bzw. des Herkunftsnamens**.*

Sodann fasst der Ausschuss unter Berücksichtigung der Änderungsvorschläge Herrn von Spiegels und Herrn Rüsings folgenden

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 30.08.2016 (Nr. 21) wird unter Berücksichtigung der vorgebrachten Änderungen nach Form und Inhalt genehmigt.

– einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 2

Mitteilungen

Zu Punkt 2.1

Fortschreibung des Luftreinhalteplanes

Herr Wörmann berichtet wie folgt:

Die Bezirksregierung Detmold hat der Stadt mitgeteilt, dass der Luftreinhalteplan, in Kraft seit Januar 2014, fortgeschrieben werden muss. Nach wie vor gibt es Grenzwertüberschreitungen der Stickstoffdioxid-Immissionen. Der Grenzwert liegt bei 40 µg/m³. 2015 wurde in der Stapenhorststraße ein Mittelwert von 41 µg/m³ und am Jahnplatz ein Wert von 49 µg/m³ erreicht.

Die Bezirksregierung Detmold ist für die Fortschreibung des Luftreinhalteplans zuständig. Sie wird Ende Oktober zu einer Projektgruppensitzung einladen. Die Projektgruppe setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Bielefeld, der Verkehrsträger, der Umwelt- und Verkehrsverbände, der Wirtschaft und des LANUV zusammen. Die Ausschüsse werden über die Ergebnisse unterrichtet.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Lärmsanierung an der DB-Bahnstrecke

Herr Wörmann berichtet wie folgt:

Bei der Vorstellung des 2. Lärmaktionsplans hatte das Umweltamt berichtet, dass die Deutsche Bahn Netz AG mit vorbereitenden Arbeiten zur Planung von Lärmschutzanlagen in Bielefeld beginnt. Mitte September erläuterte die DB Netz AG dem Bauamt, dem Amt für Verkehr und dem Umweltamt den Sachstand und das weitere Vorgehen. Danach wird zunächst der 1. Streckenabschnitt von der Stadtgrenze zu Herford bis in Höhe Rappoldstraße überplant. Vorgesehen ist eine 3 m hohe Lärmschutzwand, 4 m von der Gleisachse entfernt, auf DB eigenen Flächen. Die Planunterlagen werden etwa Ende Oktober fertiggestellt und den Trägern öffentlicher Belange, also auch der Stadt Bielefeld, zur Stellungnahme vorgelegt. Die Verwaltung wird für November eine öffentliche Vorstellung der Planung organisieren und danach die Gremien beteiligen, bevor eine Stellungnahme abgegeben wird. Die Plangenehmigung wird danach durch das Eisenbahnbundesamt ausgesprochen. Es schließt sich in 2017 die technische Ausführungsplanung und Ausschreibung an, so dass die Lärmschutzwände ab Sommer 2018 gebaut werden können.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

– keine –

-.-.-

Zu Punkt 4 **Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen**

Zu Punkt 4.1 **EU-Kommissionskonforme Sicherung des FFH-Gebietes Sparrenburg durch eine schriftliche Vereinbarung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2666/2014-2020
2666/2014-2020/1

Herr Becker – Umweltamt – berichtet aus der Sitzung des Betriebsausschusses ISB, in der die Vorlage beschlossen wurde.

Herr Krumhöfner spricht sich dafür aus, dem Beschluss der BV Mitte zu folgen und nicht der Ursprungsvorlage zuzustimmen und stellt folgenden Antrag:

Beschlussvorschlag:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Bielefeld Marketing GmbH die Vereinbarung so zu präzisieren bzw. zu ergänzen, dass der Nutzungsspielraum für die Sektoren Freizeit, Kultur, Denkmalschutz und Tourismus genau definiert ist.*
2. *U. a. ist eine Präzisierung erforderlich, da sich die Vereinbarung gemäß Präambel nicht nur auf die Erhaltung und Sicherung eines Winterquartiers beschränkt, sondern auf die ganzjährige Nutzung der Sparrenburg einschließlich ihres Umfelds in ihren unterschiedlichen Facetten durch teilweise unbestimmte Auflistung von Entwicklungszielen. Insofern ist zu definieren:*
 - *eventuelle Optimierung des Quartiers*
 - *welche Quartiere gemeint sind*
 - *keine Ausweitung der touristischen oder Freizeitnutzung*
 - *Erhaltung und Förderung der Lebensraumqualitäten*
 - *Erhalt und Förderung des Strukturreichtums*
 - *naturnahe Waldbewirtschaftung (bislang der Bewuchs als Waldfläche als Teil innerhalb einer Grünanlage gelegen und nicht als bewirtschafteter Wald)*
 - *Optimierung von Teilhabitaten*
 - *Auswirkung auf die Erholungsnutzung bei Erhalt älterer Bäume über das Umtriebalter hinaus in der angestrebten Form bezüglich der Verkehrssicherungspflicht*
 - *Auswirkung auf den Erhalt bzw. die Wiederherstellung von Sichtachsen*
 - *welche Nutzungen unter den Punkt 4.4 fallen und welche Nutzungen nach dem 09.05.1998 zwar ermöglicht wurden, aber nun nicht mehr ausgeübt werden dürften.*
3. *Die Vereinbarung ersetzt nicht die Zuständigkeit des Rates und seiner Gremien. Insofern sind sämtliche Maßnahmen rechtzeitig in den Gremien vorzustellen und die Berichte vorzulegen.*

4. Die Bezirksvertretung empfiehlt die Vereinbarung zum FFH-Gebiet Sparrenburg vor der abschließenden Beratung der Arbeitsgruppe Sparrenburg vorzustellen.

Frau Hellweg führt an, dass der Betriebsausschusses ISB der BV Mitte nicht gefolgt sei und sie würde jetzt auch der Verwaltung und somit der Ursprungsvorlage folgen.

Herr Gödde schließt sich Frau Hellweg an.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird sodann bei sechs Ja-Stimmen mit Mehrheit abgelehnt.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat die Zustimmung zur beigefügten Vereinbarung.

– mit großer Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen –

Herr Lange hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Ernährungsrat für Bielefeld (Antrag der CDU-Fraktion vom 22.09.2016)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3732/2014-2020

Text des Antrags:

Die Verwaltung wird beauftragt die Einführung eines Ernährungsrates am Beispiel von Köln und Berlin für Bielefeld zu prüfen und wenn möglich umzusetzen. Dabei soll auch eine mögliche Förderkulisse aus dem Land und Bund mit in Betracht gezogen werden.

Begründung:

Die Idee der Ernährungsräte ist in den 80er Jahren in den USA entstanden und hat seitdem auch in Europa Nachahmer gefunden. Seit diesem Jahr gibt es auch in Köln und Berlin Ernährungsräte, die sich für eine ausgewogene und lokale Ernährung einsetzen.

Ein Bielefelder Ernährungsrat soll das Ziel einer lokalen, ausgewogenen und nachhaltigen Ernährung verfolgen. Gemeinsam mit Akteuren aus der Landwirtschaft, Initiativen/Verbände wie Transition Town, Landfrauen, Verbraucher, Verwaltung und Politik soll der Ernährungsrat eine aktive Rolle in der Stärkung der regionalen Lebensmittelversorgung einnehmen. Dadurch soll unter anderem auch die Landwirtschaft in unserer Region gestärkt werden. Die Umsetzung von konkreten Projekten – beispielsweise mit Schulen zur Ernährungsbildung und Schulverpflegung, der regionalen Direktvermarktung – sollen angestoßen werden. Auch eine Ausweitung der Kampagne der WEGE „Das kommt aus Bielefeld“ auf die regionalen Produkte der heimischen Landwirtschaft ist eine Idee, die im Rahmen eines Ernährungsrates in Betracht gezogen werden sollte.

Herr Rüsing erläutert den Antrag. Die Idee sei von den Landfrauen gekommen. Das Ziel sei, lokale Produkte in den Fokus zu stellen. Dies diene auch einer erweiterten Transparenz für Konsumentinnen und Konsumenten. Herr Rüsing verweist auf Aktivitäten in Köln und Berlin. In der Zwischenzeit habe es bereits ein positives Feedback gegeben, so möchten sich auch die REGE und der Landschaftsverband beteiligen. Aktivitäten könnten auch gut mit der Aktion „Das kommt aus Bielefeld“ verbunden werden. Der Antrag sei ein Prüfauftrag für die Verwaltung.

Frau Hellweg berichtet von einem ähnlichen erfolgreichen Projekt in Herford. Es sei ein gutes, fraktionsübergreifendes Thema.

Herr Spalek ist der Meinung, dass die Stadt keine weiteren Gremien brauche. Mündige Bürger würden sich selbst informieren. Die FDP lehne den Antrag ab.

Herr Gödde findet den Antrag gut. Insbesondere die Ernährung in Schulen und Kitas sei wichtig.

Herr Rüsing antwortet Herrn Spalek, dass es sich nicht um Bevormundung handele, sondern lediglich eine Plattform für Akteure biete, woraufhin Herr Spalek entgegnet, dass auch dies völlig überflüssig sei.

Frau Ritschel knüpft an das Netzwerk Klimaschutz an, das teilweise auch schon Fragen des regionalen nachhaltigen Konsums behandelt habe. Sie greife diesen Vorschlag gerne auf; die konkrete Ausgestaltung müsse aber noch geklärt werden.

Frau Hellweg schlägt vor, auch Landwirte und Krankenkassen an dem Thema zu beteiligen.

Herr Julkowski-Keppler regt an, den ersten Satz des Beschlusses wie folgt zu ändern:

*Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung eines Ernährungsrates am Beispiel von Köln und Berlin für Bielefeld zu prüfen **und die Ergebnisse dem Ausschuss vorzustellen**. Dabei soll auch eine mögliche Förderkulisse aus dem Land und Bund mit in Betracht gezogen werden.*

Der Ausschuss ist mit der Ergänzung einverstanden.

Sodann ergeht folgender – von dem Antragstext abweichender –

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einführung eines Ernährungsrates am Beispiel von Köln und Berlin für Bielefeld zu prüfen und die Ergebnisse dem Ausschuss vorzustellen. Dabei soll auch eine mögliche Förderkulisse aus dem Land und Bund mit in Betracht gezogen werden.

– einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 6

Bericht über die Bürgerinformation vom 19.09.2016 über den historischen Gipsabbau in Stieghorst

Herr Martin (Amt für Verkehr) berichtet von der Bürgerinformation vom 19.09.2016 über den historischen Gipsabbau in Stieghorst mit einer Präsentation.

Die Präsentation ist als Anlage 1 Bestandteil dieser Niederschrift.

Nach der Präsentation teilt Herr Martin noch mit, dass aktuell Schilder, die ein „Betretungsverbot“ für die besonders gefährdeten Bereiche und auch die dortigen Wanderwege ausweisen, angebracht würden. Der ISB und der UWB seien zudem bemüht, alternative Wegeverbindungen zu finden.

Herr Martin betont noch einmal, dass die Regulierung von Bergschäden ausschließlich privatrechtlich erfolge, die Stadt Bielefeld gebe lediglich Hilfestellungen. Erster Ansprechpartner sei immer die Bergbaubehörde.

Herr Hahn erinnert an den Kohleabbau über Jahre in Dornberg und erkundigt sich, ob es dort Erkenntnisse über ähnliche Gefährdungen gebe.

Frau Hellweg geht darauf ein, dass das Gutachten in 2004 in Auftrag gegeben worden sei und interessiert sich für die Haftungsfrage, etwa, ob bei einem Grundstücksverkauf nach 2004 der Käufer über ein anstehendes Gutachten hätte informiert werden müssen.

Herr Gödde fragt nach, auf welchen Untersuchungen das Gutachten basiere.

Herr Martin antwortet Herrn Hahn, dass er zur Kohleproblematik in Dornberg nichts sagen könne.

Zur Frage von Frau Hellweg zur Offenlegung von Gutachten bei Haus- und Grundstücksverkäufen teilt Herr Martin mit, dass Eigentümer verpflichtet seien, den Käufer zu informieren. Zudem seien die Eigentümer seit Jahrzehnten mit dem Sachverhalt vertraut, da dieser bereits Mitte der 90er-Jahre thematisiert worden sei. Inzwischen hätten Kernbohrungen und Sondierungen neue Erkenntnisse geliefert.

Herr Martin stellt noch einmal heraus, dass eine Gefahr noch am Ende der Straße „Am Siebrassenhof“ bestehe, da dort ein Bauunternehmen angesiedelt sei, das die Straße mit schwerem Gerät befahre. Bislang sei noch nichts passiert, jedoch sei hier die Bergbaubehörde in der Pflicht vorzubeugen.

Herrn Götde antwortet Herr Martin, dass Grundlage für das Gutachten zahlreiche Dokumentationen seien, auf die sich die Untersuchungen stützten. An jeder Baustelle waren sogenannte Tagesberichte zu führen, so dass auf umfangreiches Material zugegriffen werden könne.

Herr Stiesch fragt nach, ob es Vergleichsbauwerke gebe im Hinblick auf die Frage, welche Entwicklungen in Jahrzehnten noch zu erwarten seien.

Herr Martin kennt keine Vergleichsgebiete. Lediglich ein Beispiel aus Staufen sei bekannt. Dort sei in der Stadt Gips abgebaut worden und der Untergrund habe später im Zusammenhang mit Wasser mit Aufquellen reagiert. Hier sehe sich das Land Baden-Württemberg in der Pflicht zu unterstützen.

Frau Ritschel stellt noch einmal heraus, dass das Gutachten bereits in 2004 beauftragt worden sei, im Ergebnis jedoch erst seit diesem Jahr vorliege.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

Zu Punkt 7

Johannisbachtal - Obersee - Landschaftsplanerisches Entwicklungskonzept mit Grobkonzept für ein Naturschutzgebiet - mündlicher Bericht über die Beratungen in den Bezirken und im Landschaftsbeirat

In der Bezirksvertretung Heepen ist der Punkt noch nicht abschließend behandelt worden, dies soll abgewartet werden und der Punkt daher in der November-Sitzung behandelt werden.

– vertagt –

Zu Punkt 8

Errichtung einer Discgolf-Anlage am Obersee

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3619/2014-2020

Herr Günther (Stab Dezernat 2) führt in die Vorlage ein und beschreibt die Sportart und Pläne für die Umsetzung einer Anlage am Obersee.

Herr Hahn sieht in der Anlage einen Kompromiss zwischen den Freizeitbedürfnissen einer Großstadt und dem Naturschutz. Seine Fraktion könne sich das gut vorstellen, da es keine große Beeinträchtigung der Natur bedeute.

Herr Stiesch hat mit dem Projekt keine Probleme, befürchtet aber eine Verschärfung der ohnehin schon problematischen Parksituation. Er spricht sich dafür aus, den Beschluss vorbehaltlich der Entscheidung der Bezirksvertretung Jöllenbeck zu fassen.

Frau Brinkmann weist darauf hin, dass in der Bezirksvertretung Jöllenbeck mitgeteilt wurde, dass zusätzliche Parkplätze beschlossen werden sollen und erkundigt sich, wo und wie dies umgesetzt und finanziert werde.

Herr Wörmann antwortet, dass die Parkplätze Bestandteil des Grobkonzeptes seien. Beschlossen sei noch nichts. Erste Mittel dafür ständen beim ISB in 2017 und 2018 zur Verfügung, sodass die Ausführungspläne vom UWB aufgenommen werden könnten, wenn die notwendigen Personalkapazitäten zur Verfügung stünden. Es sei aber lediglich eine begrenzte Erweiterung möglich, womit keine Großveranstaltungen abgedeckt würden.

Frau Brinkmann geht noch einmal auf den Parkdruck und die Beschwerden der Anlieger ein. Ihre Fraktion sei für die Anlage, aber im Zuge dessen müssten weitere Parkplätze geschaffen werden.

Herrn Lufen interessiert, wie die Resonanz auf die Anlagen in anderen Städten, auf die in der Verwaltungsvorlage verwiesen werde, sei, denn dieser müsse die Parksituation Stand halten.

Herr Günther sieht die Nutzungsfrequenz bei Wettkämpfen erhöht. Von diesen seien aber nur wenige vorgesehen, da diese in der Regel auf 18 Bahnen ausgeführt würden und hier nur 12 Bahnen vorgesehen seien. Bei bisherigen Wettbewerben hätten ungefähr 50 Spieler teilgenommen.

Herr Spalek verweist auf seine Äußerungen zum Discgolf aus der letzten Sitzung. Seiner Meinung nach möchte die Koalition den Menschen aus der Johannisbachaue verdrängen, um alles für den Naturschutz zu sichern. Das Angebot einer Discgolfanlage greift seiner Meinung nach zu kurz, denn viele Menschen, die ihre Freizeit am Obersee verbringen, würden ein deutlich breiteres Angebot erwarten.

Herr Yildirim spricht die Flächennutzung durch relativ wenige Hobbysportler an und stellt die Frage nach alternativen Nutzungsformen, wenn sich keine Sportler dort aufhalten.

Herr Günther erläutert, dass das Gelände frei zugänglich bliebe. Die Sportart stünde im Einklang mit der Natur. Konflikte mit anderen Nutzern seien nicht zu erwarten. Eine Nutzungsfrequenz sei schwierig zu ermitteln, er schätzt jedoch, dass die Anlage gut angenommen würde.

Herr Julkowski-Keppler berichtet von seinen Eindrücken als Anwohner in der Nähe. Es werde auch jetzt schon Discgolf mit einem mobilen Korb gespielt. Nach seinen Empfindungen gebe es keine Konflikte. Er greift den Vorschlag von Herrn Stiesch auf, den Beschluss vorbehaltlich der Entscheidung der Bezirksvertretung Jöllenbeck zu fassen, erweitert ihn jedoch auch auf die Bezirksvertretungen Schildesche und Heepen, da ebenfalls über die Vorlage abstimmen.

Sodann ergeht folgender – vom Beschlusstext abweichender –

B e s c h l u s s:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz stimmt der Errichtung und dem Betrieb einer Discgolf-Anlage am Obersee – vorbehaltlich der Entscheidung der Bezirksvertretungen Schildesche, Jöllenbeck und Heepen – durch den Frisbeesport-Landesverband Nordrhein-Westfalen zu.

– einstimmig beschlossen –

Zu Punkt 9

Hochwasserrisikomanagementplanung in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3503/2014-2020

Herr Ohse führt mit einer Präsentation in die Thematik ein.

Die Präsentation ist als Anlage 2 Bestandteil dieser Niederschrift.

Herr Hahn geht auf die Pegelwarnanlage des Werre-Wasser-Verbandes ein, die über das Internet abrufbar ist.

Herr Ohse stellt dar, dass die Vorwarnzeit beim Werre-Wasser-Verband länger sei. Evtl. könne eine Warnung auf Basis des Regenradars eine Alternative sein. Das Umweltamt werde vom Deutschen Wetterdienst informiert.

Herr Julkowski-Keppler spricht die Starkregenereignisse der letzten Zeit an, die schwer zu kalkulieren seien.

Frau Ritschel verweist auf die bundesweite Warn-App NINA, die diesbezüglich eine Orientierung biete. Bei einer minimalen Vorwarnzeit nütze diese aber auch nur, wenn schon vorher die nötigen Vorkehrungen ge-

troffen worden seien.

Herr Rüsing fragt nach, ob die innerstädtische Lutter bis 2019 erfasst sei. Frau Ritschel bejaht dies; eine entsprechende Bewertung sei von der Bezirksregierung angekündigt.

Herr Wörmann weist abschließend noch auf den baldigen Ruhestand von Herrn Ohse hin und dankt ihm für seine fachlich fundierte Arbeit und seine engagierten Auftritte im Ausschuss.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 10

Naturnaher Gewässerausbau der Weser-Lutter zwischen Am Venn und Eckendorfer Str. mit den Bereichen Leithenhof und Fohlenwiese

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3603/2014-2020

Herr Mittmann (Umweltamt) führt mit einer PowerPoint-Präsentation in die Vorlage ein.

Die Präsentationen ist als Anlage 3 Bestandteil dieser Niederschrift.

Frau Brinkmann erkundigt sich, ob Brückenbauten auch zu 90 % förderfähig seien. Herr Mittmann bejaht dies, allerdings müsse der Zeitwert abgezogen werden.

Sodann fasst der Ausschuss den folgenden

B e s c h l u s s:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz beschließt die Maßnahme umzusetzen.

– einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 11

Klärschlamm - Fachgespräch und weitere Überlegungen

Frau Ritschel zeigt eine PowerPoint-Präsentation zum Thema.

Die Präsentation ist als Anlage 4 Bestandteil dieser Niederschrift.

Herr Hahn sieht eine Monoverbrennung als unausweichlich an, so sei es in dem Fachgespräch herausgekommen. Er finde eine regionale Lösung gut. Ein Problem sehe er in der Standortfrage. Zudem halte er einen Zweckverband für eine geeignetere Lösung als eine GmbH.

Herr Julkowski-Keppler erkundigt sich, wie das Thema Arbeitsgemeinschaft weiter aufbereitet werde.

Herr Lufen gibt zu bedenken, dass ein Arbeitskreis unter Moderation der Bezirksregierung nur Sinn bei einem gemeinsamen Ziel habe.

Frau Ritschel betont, dass sie für die Stadt Bielefeld das große Interesse an einer regionalen Zusammenarbeit formuliert habe, und insofern zunächst die Initiative der Bezirksregierung abwarten wolle. Erst nach einem Treffen des Arbeitskreises könne man wissen, ob ein gemeinsames Ziel bestehe. Der Kreis Lippe habe jedoch bereits sein Interesse geäußert, somit wären es schon zwei starke Partner. Die Bezirksregierung wolle eine regionale Lösung. Die nächsten ein bis zwei Jahre sollten genutzt werden, um durch einen engen Austausch gemeinsame Wege zu finden.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 12

Global Goals Radweg

(bisher: Bielefelder Millennium Landmarks des Welthaus Bielefeld e. V.

- Themenradweg in Grünzügen -)

Erweiterung um eine Station im Stadtbezirk Heepen

Nachtrag zur Verlängerung der vertraglichen Vereinbarungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3507/2014-2020

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss den folgenden

B e s c h l u s s:

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz, der Betriebsausschuss ISB, die Bezirksvertretungen Mitte, Jöllenbeck, Schildesche, Heepen und der Stadtentwicklungsausschuss stimmen der Überarbeitung des Projektes „Millennium Landmarks“ des Welthaus Biele-

feld e. V. und die Bezirksvertretung Heepen stimmt insbesondere der Erweiterung um eine Station im Stadtbezirk Heepen zu. Grundlagen sind:

- a) die ursprüngliche Projektbeschreibung (Anlage 1)
- b) die neue Zusammenstellung „Aus dem MDG-Radweg (Mit Dir Gemeinsam die Welt erfahren - Bielefelder Landmarks) wird der Global Goals Radweg“ (Anlage 2)

Die Umsetzung des Beschlusses erfolgt unter der Bedingung, dass der Verein Welthaus e. V. als Projektträger neben der Errichtung der Landmarks-Stationen weiterhin auf eigene Kosten dauerhaft sämtliche Eigentümerpflichten für die Stationen (Verkehrssicherung, Unterhaltung, regelmäßige Überprüfung, Dokumentation, Rückbau bei Vertragsende) übernimmt und die Stadt von Haftungsansprüchen freistellt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 Haushaltsplan 2017 für das Umweltamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3637/2014-2020

Frau Ritschel erläutert, dass die Vorlage zum Haushalt des Umweltamtes vorliege, jedoch noch die Vorlage ihres Dezernates fehle. Diese würde erstellt, wenn die Gebührenvorlagen im BUWB eingebracht worden seien. Vorgesehen hierfür sei der 10.11.2016.

Die Vorlage würde in die nächste AfUK-Sitzung eingebracht, dies sei mit dem Amt für Finanzen abgestimmt.

Es wird vereinbart, Fragen für die beiden Vorlagen zum Haushalt bis zum 15.11.2016 an die Verwaltung zu übersenden.

– 1. Lesung –

-.-.-

Zu Punkt 14 Bericht aus dem Landschaftsbeirat

Herr Wörmann berichtet aus der Sitzung des Landschaftsbeirats am 13.09.2016 wie folgt:

Der Beirat hat einen positiven Beschluss zum Landschaftsplanerischen Entwicklungskonzept Obersee/Johannisbachaue gefasst, aber auch eine Vergrößerung des NSG um ökologisch wertvolle Äcker und das ehemalige Deponiegelände gefordert. Das Umweltamt hat deutlich gemacht,

dass die vorgeschlagene kleinere Variante Vorteile bei der Umsetzung bringt und deshalb nicht verändert werden sollte.

Diskutiert wurde ein Bebauungsplanvorentwurf für das Wohnquartier zwischen Homannsweg, Neulandstraße und Jöllenbecker Str. in Theesen. Es handelt sich um ein insgesamt ca. 16 ha großes Plangebiet mit untergeordneter Bebauung an den Straßen. Der Beirat tat sich wegen der noch fehlenden Planungstiefe schwer mit einer Stellungnahme. Es liegt bisher nur eine Plankonzeption vor. Die überwiegend ein- bis zweigeschossigen Wohngebäude mit viel privater Grundstücksfläche zulasten von öffentlichem Grün stießen auf Kritik des Beirates. Ein flächensparender Ansatz sei nicht erkennbar. Herr Wörmann kommentiert, dass er die Zielkonflikte zwischen flächensparendem Bauen mit möglichst vielen Wohneinheiten, einem qualitativ hochwertigen und raumgreifenden Quartiersgrün und dem Schutz der Natur in den angrenzenden Bachtälern vor zu viel Freizeitdruck infolge der steigenden Einwohnerdichte für eine große Herausforderung hält.

Herr Julkowski-Keppler ergänzt, dass auch im StEA die Grünverbindungen thematisiert wurden und im weiteren Verfahren hinterfragt werden.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 15

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

– kein Bericht –

-.-.-